



Nein zur «Verarmungsinitiative»

Thomas Knutti, Nationalrat, Weissenburg

Die Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen» hat zum Ziel, wirtschaftliche Tätigkeiten so zu gestalten, dass sie nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen, wie unsere natürlichen Lebensgrundlagen verkraften können. Trotz des guten Gedankens hinter dieser Initiative ist sie mit nicht tragbaren Kosten verbunden, insbesondere aufgrund der kurzen Umsetzungsfrist. Der Bundesrat und das Parlament haben bereits Massnahmen und Ziele festgelegt, um die natürlichen Ressourcen zu schonen. Aus diesem Grund empfiehlt der Bundesrat, die Initiative ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag abzulehnen.

Ausgangslage

Am 21. Februar 2023 wurde die Initiative mit 105.940 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie wurde im August 2021 lanciert und erhält Unterstützung von einer breiten Allianz, darunter die Jungen Grünen, die Grünen, die SP, die Juso, Greenpeace, umverkehR, die Kleinbauernvereinigung und über 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Inhalt der Initiative

Die Initiative schlägt vor, einen neuen Artikel 94a in der Bundesverfassung einzuführen. Dieser würde festlegen, dass die schweizerische Wirtschaft innerhalb der ökologischen Grenzen der Natur operieren muss. Das bedeutet, wirtschaftliche Tätigkeiten dürften nur so viele Ressourcen verbrauchen und Schadstoffe freisetzen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen der Erde erhalten bleiben. Bund und Kantone sollen dafür sorgen, dass dieser Grundsatz eingehalten wird, wobei sie besonders die soziale Verträglichkeit der Massnahmen im In- und Ausland sicherstellen müssen.

Laut der Übergangsbestimmung (Art. 197 Ziff. 13 BV) müssten Bund und Kantone dafür sorgen, dass die durch den Konsum in der Schweiz verursachte Umweltbelastung spätestens zehn Jahre nach Annahme der Initiative die planetaren Grenzen, gemessen am Bevölkerungsanteil der Schweiz, nicht mehr überschreitet.

Berechnungen und Herausforderungen

Seit 2000 wird die Umweltbelastung der Schweiz durch den Konsum der Bevölkerung anhand von Umweltfussabdruck-Indikatoren ermittelt. Diese Indikatoren berücksichtigen sowohl den privaten als auch den staatlichen Konsum. Dank Effizienzgewinnen und den Anstrengungen von Privaten und Staat zeigen diese Indikatoren insgesamt eine sinkende Tendenz.

Jedoch sind insbesondere die Belastungsgrenzen für den Klimawandel, den Verlust der Biodiversität und die Stickstoffeinträge überschritten. Um diese zu respektieren, müssten laut Studien der Treibhausgas-Fussabdruck pro Person bis 90 Prozent reduziert werden, der Fussabdruck für Biodiversität um 74 Prozent und der Stickstoff-Fussabdruck um 48 Prozent.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Der Anteil der Umweltbelastung, der im Ausland anfällt, hat seit 2000 zugenommen und lag 2018 bei rund zwei Dritteln der gesamten Belastung. Dies zeigt, dass wir nicht nur in der Schweiz, sondern auch international Verantwortung tragen müssen.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ziele der Initiative zwar richtig und notwendig sind, jedoch die Umsetzbarkeit und die damit verbundenen Kosten erhebliche Herausforderungen darstellen. Der Bundesrat und das Parlament haben bereits verschiedene Massnahmen zur Ressourcenschonung beschlossen. Diese reichen aus, um die nötigen Schritte in Richtung einer nachhaltigeren Wirtschaft zu gehen. Die Initiative in ihrer jetzigen Form würde jedoch zu weitreichenden und kaum realisierbaren Forderungen führen.